

und es ist wohl zu überlegen, ob man die Entwicklung und Förderung dieses Anliegens in die Hände der Kirchen, der amtlichen Fürsorgestellen oder des praktischen Arztes legen soll. Vor allem erhebt sich die Frage nach den Wegen der psychotherapeutischen Ausbildung. Doch das ist ein Gebiet für sich, das hier nicht mehr zur Sprache kommen kann.

Weltfrieden und Weltkommunismus

Von PAUL ROTH

Frieden ist ein erhabener Begriff. Faßt man ihn tiefer, so bedeutet er nicht nur den rein negativen Gegensatz zu Krieg, Kampf und Streit, sondern er zeigt eine positive, aktive Grundlage. Friede bedeutet Ordnung, aber eine Ordnung, die, wie es in der letzten Weihnachtsbotschaft des Heiligen Vaters heißt, durchdrungen sein muß „von der Verantwortung vor Gott und dem Sittengesetz“. Dies gilt, ob es sich um den Frieden zwischen einzelnen Menschen oder zwischen Völkern und Staaten handelt. Solchem Frieden liegt zugrunde die Gerechtigkeit, so wie es der heilige Thomas von Aquin mit den Worten ausdrückt: „Opus iustitiae pax — Gerechtigkeit schafft Frieden“.

Die durch eigene Schuld in Unordnung geratene Welt sehnt sich nach Frieden. Aber es ist nicht möglich, dabei an einen Frieden zu denken, der auf sittlichen Grundlagen, auf Gerechtigkeit beruht. Denn die Friedensgefährdung kommt von einer Seite, die weder Gott noch Sittengesetz noch Gerechtigkeit kennt, vom Weltkommunismus. Und doch führt gerade diese Seite das Wort „Frieden“ am meisten im Munde, oft freilich nur in der Formulierung der „Koexistenz“ oder des „friedlichen Nebeneinanderlebens“. Das Miteinanderleben, das zum Frieden gehört, kommt darin nicht vor. Vielmehr droht die kommunistische Lösung der Koexistenz, wie es der Heilige Vater in der genannten Weihnachtsbotschaft ausführt, zu einer „Koexistenz der Furcht“ oder einer „Koexistenz der Täuschung“ zu führen, aber nicht zu einer „Koexistenz der Wahrheit“.

Von kommunistischer Seite ist eine „Friedensbewegung“ größten Stils aufgezogen worden, mit einem Weltfriedensrat und Weltfriedenkongressen, mit Ausschüssen und Tagungen in den verschiedenen Ländern, mit Manifesten, Appellen, Resolutionen, Unterschriftensammlungen. Von dieser Friedensbewegung soll hier gehandelt werden. Es soll nachgewiesen werden, daß sie nicht etwa einen Pazifismus auf ethischer Grundlage darstellt, sondern vielmehr eine politische Aktion im Dienste Moskaus und zur Unterstützung der Politik Moskaus. Frieden kann aber, vom Standpunkt des kommunistischen Imperialismus aus, der die ganze Welt erobern will, nur ein zeitweiliger, vorübergehender Zustand sein. Und auch das läßt sich nachweisen, daß im Hintergrund der kommunistischen Weltfriedensbewegung der Gedanke

steht, diese Weltfriedensbewegung zu gegebener Zeit überzuführen in eine weltrevolutionäre Bewegung.¹

Ende September 1947 wurde in der Nähe von Warschau das „Kommunistische Informationsbüro“ (Kominform) gegründet, womit die 1919 geschaffene und 1943 aufgelöste „Kommunistische Internationale“ (Komintern) in veränderter Form wiederauflebte. Zweck der neuen Organisation war die einheitliche Leitung der kommunistischen Parteien in den Ostblock- und auch in den westlichen Staaten. Die Gründung ging aus von dem Parteisekretär der sowjetischen KP Shdanow, der im Politbüro eine aggressive Ausrichtung der Außenpolitik vertrat. Sie war ein Gegenzug gegen die von den Vereinigten Staaten damals entwickelte Politik der „Eindämmung“ des Kommunismus, insbesondere gegen den Marshallplan, der eine großzügige amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa vorsah. Dieser Plan bezweckte in der Tat eine Bekämpfung des Kommunismus durch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage, und als Moskau mit seiner Forderung nicht durchdrang, daß die einzelnen Länder frei über die amerikanischen Hilfsgelder verfügen sollten, stellte es sich gegen diesen Plan und zwang auch die von ihm beherrschten Ostblockländer, die zum Teil diese Hilfe annehmen wollten, zur Ablehnung. Auf der Gründungskonferenz der Kominform entwickelte Shdanow noch heute gültige Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik und beschuldigte insbesondere die Vereinigten Staaten und England des aggressiven Imperialismus.

Es ist nicht nachweisbar, aber sehr wahrscheinlich, daß vom Kominform der Plan und die Direktiven aufgestellt wurden, eine Weltfriedensbewegung in sowjetischem Sinne ins Leben zu rufen. Jedenfalls spielten sowjetische Persönlichkeiten und sowjetische Ideologie eine maßgebende Rolle auf dem „Weltkongress der Intellektuellen für den Frieden“, der vom 25. bis 28. August 1948 in Breslau stattfand und der den Ausgangspunkt der kommunistisch gelehnten Friedensbewegung bildet. Einem polnisch-französischen Komitee wurde die Initiative dieser Tagung zugeschoben, doch schalteten sich, wie der sowjetische Schriftsteller Orlow berichtet, die Führer der sowjetischen Kultur sofort „energisch in die Arbeit dieses Komitees ein“. Der Vorsitzende des sowjetischen Schriftstellerverbandes Alexander Fadejew hielt eine haßerfüllte Rede gegen den Westen, in der er übrigens unter anderen Schriftstellern des Westens auch Sartre anpöbelte; seit dieser vor zwei Jahren zum Kommunismus gestoßen ist, steht er natürlich in der sowjetischen Welt hoch in Ehren. Unter dem Vorsitz Fadejews nahm die Tagung ein „Manifest zur Verteidigung des Friedens“ an, das sich gegen „Attentate des Neofaschismus auf Frieden und Kultur“ wendet. Der Marshallplan wurde in Breslau stark

¹ Die im Nachstehenden angeführten Daten und Tatsachen finden sich in dem Aufsatz von *Uselis*, Der Weltfriedensrat — ein Werkzeug der Politik der Sowjetunion (russisch) in dem von dem Institut für Erforschung der Geschichte und Kultur der Sowjetunion in München herausgegebenen „Wjestnik“ Nr. 5, Sept.-Okt. 1954, S. 86 ff., und bei *Boris Meißner*, Russland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953. Dem genannten Institut und Herrn Uselis ist der Verfasser für weitere Informationen zu Dank verpflichtet.

angegriffen, und mit Entrüstung berichtete die Moskauer „Prawda“, daß der Oxford Professor Taylor dort diesen Plan verteidigte. Man sieht, daß schon diese erste Weltfriedenstagung nicht nur allgemein kommunistisch bestimmt war, sondern auch die jeweiligen Ziele der Politik des Kreml, in diesem Fall den Kampf gegen den Marshallplan, verfolgte.

Die Breslauer Tagung verlangte nicht nur die Veranstaltung nationaler Kongresse und die Errichtung nationaler Komitees, sondern sie setzte auch ein „Internationales Komitee der Verbindung der Intellektuellen zum Schutze des Friedens“ mit dem Sitz in Paris ein. Seine elf Mitglieder waren Kommunisten oder zuverlässige Freunde des Kommunismus, wie der französische Atomforscher Joliot-Curie. Im Februar 1949 erließ das Komitee gemeinsam mit dem kommunistischen „Internationalen Demokratischen Frauenbund“ einen Aufruf zur Einberufung eines „Weltkongresses der Friedensanhänger“. Von vornherein wurde hierzu eine ganze Reihe kommunistischer oder unter kommunistischen Einfluß stehender Organisationen herangezogen, wie die kommunistischen Gewerkschaften, der Internationale Journalistenverband, der Internationale Studentenbund und viele andere. Dieser erste Weltfriedenkongreß fand unter großem Aufwand vom 20. bis 25. April 1949 in Paris statt. Die führende Rolle spielte wieder Fadejew, der Vorsitzende des sowjetischen Schriftstellerverbandes. Da die französische Regierung den Delegierten aus Rotchina und der Mongolei die Einreise verweigerte, wurde für diese ein kleinerer Parallelkongreß in Prag abgehalten. Triumphierend verkündete die kommunistische Presse, daß 2479 Personen an dem Pariser Kongreß teilgenommen hätten, die 72 Länder angehörten, und daß die dort vertretenen Organisationen über 600 Millionen Mitglieder repräsentierten. Abgesehen von der Fragwürdigkeit sowjetischer Statistik ist hierbei zu beachten, daß Kommunisten oft 3, 4 und mehr Organisationen angehören und dementsprechend mehrfach gezählt werden. Zugezogen waren ferner 600 Journalisten, 5 Kino- und 9 Radioagenturen. Uselis berechnet die Kosten der Vorbereitung und Abhaltung dieses Kongresses, der seinen Teilnehmern gegenüber sehr freigebig war, auf eine Viertelmillion Dollar und wirft die Frage auf, woher diese Mittel stammen.

Der Ton des Kongresses entsprach weitgehend dem kommunistischen Versammlungen. In Übereinstimmung mit der Haltung der Sowjetregierung zu dem damals im Vordergrund des politischen Interesses stehenden, soeben abgeschlossenen Nordatlantikpakt forderten viele Redner, dessen Inkrafttreten zu verhindern. Nenni, der Führer der italienischen Linkssozialisten, die ja stark zu den Kommunisten neigen, empörte sich darüber, daß der „englisch-amerikanische Kapitalismus“ mit allen Mitteln das „Wiederentstehen eines nationalen, demokratischen und sozialistischen Geistes“ verhindere, womit er die Hilfe meinte, die Griechenland gegen den vom Ausland genährten kommunistischen Aufstand gewährt wurde. Joliot-Curie trat für die Beibehaltung des Vetorechts im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen ein, dessen Mißbrauch durch die Sowjetunion in der internationa-

len Öffentlichkeit zu kritischen Erörterungen geführt hatte. Einstimmig beschloß der Kongress die Errichtung von drei Friedenspreisen zu je 5 Millionen Francs. Ein Manifest gegen die Gefahr eines neuen Krieges wurde angenommen und ein Ständiges Komitee des Weltfriedenskongresses mit dem Sitz in Paris unter dem Vorsitz von Joliot-Curie eingerichtet, eine weit-verzweigte, zweifellos sehr kostspielige Organisation. Interessant ist, daß der Vorsitzende des Organisationsausschusses des Kongresses dem Ständigen Komitee die Aufgabe setzte, Koordinierung und Verbindung herzustellen, aber nicht Direktiven zu geben. Wem also war wohl das Recht der Direktiven vorbehalten?

Noch im gleichen Jahre fanden nationale Friedenskongresse in den Vereinigten Staaten, England, Belgien und Holland statt. Wie man aber in Moskau die Arbeit der Weltfriedensbewegung schätzte, geht aus der Lobrede hervor, die Malenkow am 6. November 1949, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, in Moskau hielt. Die Geschichte, so sagte er, kenne bisher keine Massenbewegung von dieser Art. Aber diese werde die Kraft haben, den „Aggressoren Zügel anzulegen“. Die Kriegsbrandstifter aber seien die „amerikanischen Imperialisten, die die ganze Welt zu ihrer Kolonie machen und die souveränen Völker auf die Stufe von Sklaven herabdrücken“ wollten. Es ist bezeichnend und sei daher hier vorweggenommen, daß sich diese warme Anerkennung der Weltfriedensbewegung durch Prominente des Sowjetregimes Jahr für Jahr wiederholt. Am 6. November 1950 pries Marschall Bulganin diese Bewegung ähnlich wie Malenkow ein Jahr zuvor. Wieder ein Jahr später, am 6. November 1951, tat das Berija, und er sagte nicht nur, daß die Bewegung für den Frieden „eine der gewaltigsten Volksbewegungen der Gegenwart“ sei, sondern er bestätigte auch ihren Zusammenhang mit dem Kommunismus mit folgenden Worten: „Die Initiatoren und die führende Kraft im Friedenskampf sind in allen Ländern die kommunistischen Parteien.“ Auf dem 19. Parteitag der sowjetischen KP, der im Oktober 1952 in Moskau stattfand, bezeichnete Malenkow, der das Hauptreferat hielt, unter den wichtigsten außenpolitischen Aufgaben der Partei an erster Stelle die Festigung der Friedensfront. Stalin selbst hielt auf dem Parteitag eine Rede über die Friedensbewegung, auf die wir später noch zurückkommen werden, weil sie nicht nur die Hintergründe dieser Bewegung würdigt, sondern auch ihr Endziel enthüllt. In einer Schlußansprache wies der Führer des Weltkommunismus die kommunistischen Parteien in aller Welt noch an, innerhalb der Friedensbewegung einzutreten für das nationalstaatliche System, also gegen jede Integration.

Inzwischen waren aber die mit der Vorantreibung der Friedensbewegung Beauftragten eifrig am Werk gewesen. Vom 16. bis 19. März 1950 tagte in Stockholm das Ständige Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger. Wyschinskij als Vertreter Sowjetrußlands hatte in den Vereinten Nationen am 23. September 1949 ein Verbot der Atomwaffen gefordert, eine Frage, die sich jahrelang hinschleppte, da Moskau die von den Westmächten zur

Bedingung gemachte internationale Kontrolle verweigerte. Dementsprechend nahm die Stockholmer Tagung einen Aufruf für das Verbot der Atomwaffen an, wobei auch eine strenge Kontrolle gefordert, die ablehnende Haltung der Sowjetunion hiergegen also ignoriert oder getarnt wurde. Für diesen Aufruf wurden in der ganzen Welt Unterschriften gesammelt. Von den rund 500 Millionen Unterschriften stammten aus den Ländern der freien Welt etwa 90 Millionen. Es ist bekannt, daß bei dieser Unterschriftensammlung Schwindel getrieben wurde. In der Tat unterschrieben ihn aber, beeinflußt durch den anscheinend humanitären Charakter der Forderung, auch gutgläubige Nichtkommunisten, insbesondere auch Geistliche, darunter D. Niemöller.

Die Stockholmer Tagung beschloß ferner die Einberufung eines zweiten Weltkongresses der Friedensanhänger für den 13. bis 19. November 1950 nach Sheffield in England. Die Regierung Attlee verweigerte aber wenige Tage vor dem Zusammentreten des Kongresses fast allen Mitgliedern des Ständigen Komitees die Einreise, und der Kongreß wurde daraufhin kurzerhand nach Warschau verlegt, wo er vom 16. bis 21. November stattfand. Über 2000 Delegierte, die sich schon unterwegs befanden, wurden umdirigiert, ein Beweis dafür, über welchen Apparat und welche Mittel die Friedensbewegung verfügte. 2065 Delegierte aus 81 Ländern nahmen an dem Kongreß teil. In einem „Manifest an die Völker der Welt“ wurde gegen die Schaffung neuer Kriegsbrandherde in Japan und Deutschland aufgerufen mit der Empfehlung eines Treffens der fünf Großmächte; die fünfte ist natürlich, im Sinne Moskaus, das im Jahr vorher kommunistisch gewordene China. Der Kongreß nahm ferner eine „Botschaft“ an die Vereinten Nationen an, die alle Pläne einer Remilitarisierung Deutschlands und Japans verurteilte und, nach Abschluß von Friedensverträgen, die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus beiden Ländern verlangte. In den Reden kehrte die Forderung eines bedingungslosen Verbots der Atomwaffe und der bakteriologischen Waffen immer wieder. Das Ständige Komitee wurde in einen „Weltfriedensrat“ umgewandelt, dem Vertreter von 58, nach anderer Quelle, sogar von 72 Ländern angehörten. Die sowjetische Delegation führte der mehrfach genannte Fadejew, die deutsche der ostzionale Schriftsteller Becher.

Alsbald intensivierte die Weltfriedensbewegung ihre Tätigkeit. Das ist begreiflich; denn die Sowjetregierung stieß in ihrer Politik nicht nur auf eine zunehmende Versteifung der Haltung der freien Welt, sondern die Politik des Westens ging auch ihrerseits aktiv mit konkreten Aktionen vor. Die sowjetische Delegation der Außenminister-Stellvertreter bemühte sich dreieinhalb Monate lang auf der Pariser Vorkonferenz im Frühjahr 1951 vergeblich, den Vertretern der drei Westmächte die von ihr gewünschte Tagesordnung einer Konferenz über die internationale Entspannung aufzuzwingen. Das Eingreifen Rotchinas in den Koreakrieg konnte die militärische Lage nur vorübergehend wenden, aber die Vollversammlung der Vereinten Nationen erklärte Rotchina zum Angreifer. Der Friede mit Japan wurde am 8. September 1951 gegen den Willen der Sowjetunion in San

Francisco abgeschlossen. Am 18. April 1951 wurde der Vertrag der Montanunion in Paris unterzeichnet, und bald danach begannen die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, während der Ausbau der NATO, der Organisation des Nordatlantikpaktes, laufend Fortschritte machte. Bei dieser Wandlung in der großen Politik schien es dem Kommunismus in erhöhtem Maße angezeigt, seine gegenteiligen Ziele durch eine scheinbare Zustimmung der Weltöffentlichkeit zu unterstützen.

Vom 21. bis 26. Februar 1951 tagte der Weltfriedensrat in Ost-Berlin. In einem Appell wurde wieder ein Fünferpakt, also die Einschaltung Rotchinas gefordert. Aus einer Reihe von Resolutionen ist hervorzuheben ein Protest gegen die Vereinten Nationen wegen der Bezeichnung Rotchinas als Angreifer. Vollends kommunistisch ist eine Entschließung „Über die friedliche Lösung der deutschen Frage“. Darin ist die Rede von einer „Wiederbelebung der militärischen und nazistischen Kräfte“ in Deutschland, von der militärischen und wirtschaftlichen Wiederaufrüstung Deutschlands als der „größten Gefahr eines neuen Weltkriegs“ und von den Vorbereitungen einer Volksbefragung durch die „Friedensfreunde in Deutschland im Bunde mit friedliebenden Menschen aller Richtungen“. Dieser Gedanke einer Volksbefragung war im Oktober 1950 auf einer Konferenz der acht Ostblockstaaten in Prag aufgestellt worden, also von einem rein kommunistischen Gremium.

Im gleichen Jahr tagte der Weltfriedensrat noch ein zweites Mal vom 1. bis 7. November in Wien. Wieder befaßte er sich mit allen aktuellen politischen Fragen im Sinne der Moskauer Politik, von einem Fünfmächtepakt mit Einschluß Rotchinas bis zu der Frage Vietnam. Eine Resolution über das „deutsche Problem“ enthält die Schlagworte der kommunistischen Propaganda von der „Wiedererweckung des Nazismus in Westdeutschland“, den „ehemaligen Hitlergeneralen“, der „Verhinderung des deutschen Volkes, selbst über die Einheit seines Landes Beschlüsse zu fassen“. Begrüßt werden der „Volksprotest in Deutschland“ und die „Aktionen, die die verschiedenen Gruppen und Personen gegen die Bewaffnung Deutschlands und für die Befreiung Deutschlands unternehmen“. Die Landeskomitees werden aufgefordert, „den Kampf für eine friedliche Lösung der deutschen Frage aufs engste mit allen anderen Friedensaktionen zu verknüpfen“.

Das Jahr 1951 stellt überhaupt einen Höhepunkt der Aktion kommunistischer oder kommunistisch gelenkter Veranstaltungen dar, die unmittelbar oder mittelbar mit der kommunistischen Friedensbewegung zusammenarbeiteten. Sie seien im folgenden nur kurz aufgezählt: Vom 29. Juni bis 1. Juli „Volksfriedenkongreß“ in Chicago; am 13. April „Friedenskonferenz der Länder Südamerikas“ in Montevideo; am 2. Dezember „Friedenskongreß der nordischen Länder“ in Stockholm; vom 23. bis 25. März „Europäische Arbeiterkonferenz“ in Ost-Berlin gegen die Remilitarisierung Deutschlands; vom 5. bis 19. August die „Weltspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin“, wobei der Fünfmächtepakt und Viererverhandlungen über Deutschland gefordert wurden; die gleichen Forderungen vertrat der Kongreß der

„Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen“ in Ost-Berlin auf seiner Tagung vom 5. bis 9. September; das Exekutivkomitee des „Internationalen Demokratischen Frauenbundes“ sprach sich im Dezember in Ost-Berlin uneingeschränkt für die Wiener Beschlüsse des Weltfriedensrats aus; der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes — das sind die kommunistischen, vom Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften gelenkten Gewerkschaften — erließ auf seiner Berliner Tagung vom 15. bis 21. November einen Aufruf gegen die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt. Es war ja die Zeit, in der die Verhandlungen über den deutschen Generalvertrag und die EVG schwieben. Beide Verträge wurden aber am 26. und 27. Mai 1952 in Bonn und Paris unterzeichnet.

Danach setzte der Kampf gegen die Ratifizierung dieser Verträge ein. Den Auftakt bildete eine außerordentliche Tagung des Weltfriedensrats vom 1. bis 6. Juli in Ost-Berlin. „Durch Vereinigung aller ihrer Kräfte werden die Völker imstande sein, in den nächsten Monaten die Ratifizierung der Separatabkommen zu verhindern und die Einberufung einer Viermächtekonferenz durchzusetzen“, heißt es im Schlußabsatz eines „Appells an die Regierungen der vier Großmächte und an alle Völker“, der auf dieser Tagung beschlossen wurde. In dem Appell wurde im übrigen im Stil der Moskauer Noten die Errichtung eines „geeinten, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschlands“ verlangt, das aber „keinerlei Militärbündnis“ eingehen dürfe. „Friedliebend“ und „demokratisch“ bedeutet bekanntlich in der sowjetischen Terminologie kommunistisch. Der Weltfriedensrat beschloß schließlich, im Dezember des Jahres einen „Völkerkongreß zum Schutze des Friedens“ in Wien abzuhalten.

Auch im Jahre 1952 häufen sich die Friedenstagungen und -kundgebungen. Von Interesse sind dabei die Kirchenkonferenz in Moskau vom 9. bis 12. Mai, die den Kirchen und Religionsgesellschaften der Welt die Unterstützung der Beschlüsse des Weltfriedensrats empfahl, sowie Friedenskongresse in Rotchina, Japan und Indien im Herbst des Jahres, was der gesteigerten Aktivität der sowjetischen Politik im Fernen Osten entsprach.

Vom 12. bis 20. Dezember 1952 tagte dann in Wien der Kongreß mit dem bombastischen Namen „Völkerkongreß für den Frieden“. Die Zahl der Delegierten war mit 1857 niedriger als in Warschau und Paris, die Zahl der Länder war — angeblich — auf 85 gestiegen. Wieder wurden ein „Appell“ an die Weltöffentlichkeit und eine „Adresse“ an die Regierungen der Großmächte, und zwar diesmal schon der fünf Großmächte, gerichtet. Die Hauptforderungen waren wieder Fünfmächtepakt und Frieden mit Deutschland, Japan und Österreich. Der Friedensvertrag mit Deutschland sollte „seinen Eintritt in eine gegen welches Land immer gerichtete militärische Allianz ausschließen“.

Ein Jahr später trat der Weltfriedensrat vom 26. bis 28. November wieder in Wien zusammen. Seine Forderung eines Treffens der Großmächte wies gewissermaßen schon auf die Konferenzen in Berlin im Anfang und in Genf

im Frühjahr des folgenden Jahres hin. Auch die Tagungen des Büros des Friedensrates (28. bis 30. März 1954 und 18./19. Januar 1955 in Wien) und des Weltfriedensrats selbst (24. bis 28. Mai 1954 in Wien und 18. bis 23. November 1954 in Stockholm) zeigen eindrucksvoll das Übereinstimmen der „Friedensziele“ mit den aktuellen Forderungen der intensivierten Moskauer Politik. Bis die EVG durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 zu Fall gebracht worden war, wird zum Kampf hiergegen aufgerufen, später zum Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge; an die Völker Europas wird im Sinne des auf der Berliner Konferenz vorgelegten europäischen Sicherheitsplans Molotows appelliert; immer wieder wird die Frage der Atom- und Massenvernichtungswaffen aufgeworfen; die Bildung militärischer Koalitionen in Asien wird verurteilt, und selbst Ereignisse wie der Sturz der kommunistisch eingestellten Regierung in Guatemala finden als „fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates“ Beachtung und Ablehnung.

Es ist eingangs schon darauf hingewiesen worden, daß der Frieden, den der Kommunismus und die von ihm gelenkte Friedensbewegung erstreben, kein wahrer Frieden ist, sondern eben nur eine zeitbedingte „Koexistenz“. Es läßt sich nun weiter nachweisen, daß für die kommunistische Seite diese Koexistenz nur ein zeitweiliger, taktisch gebotener Zustand ist, der grundsätzlich nichts ändert an dem dahinter stehenden Endziel des Kommunismus, Weltrevolution und Weltherrschaft.

Um aktuell zu bleiben, soll dies dargetan werden nicht an Zitaten aus der „kanonischen“ Literatur des Kommunismus, sondern an maßgeblichen Kundgebungen der jüngsten Zeit. Das offizielle Parteiblatt, die Moskauer „Prawda“, gab in ihrem Artikel vom 27. September 1954 „Was die politische Ökonomie lehrt“ einen Überblick über die marxistisch-leninistische Lehre, die die „Zwangsläufigkeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische (d. h. kommunistische) nachgewiesen hat“. Es heißt in diesem Artikel:

„Die marxistische politische Ökonomie lehrt, daß der moderne Monopolkapitalismus historisch überlebt und zu einer reaktionären Kraft geworden ist, die die fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft aufhält. Der gesetzmäßige Entwicklungsprozeß der Gesellschaft führt ebenso unausweichlich zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, wie der Tag auf die Nacht folgt.“

Der Sieg des Sozialismus wird jedoch nicht im Selbstlauf herbeigeführt. Er kann nur im revolutionären Kampf der werktätigen Massen, geführt durch das Proletariat, mit seiner Avantgarde, den kommunistischen Parteien an der Spitze, erobert werden.“²

Zwar steht in diesem Artikel auch ein Absatz über das „friedliche Nebeneinanderleben“, aber er fällt völlig aus dem Rahmen und ist offensichtlich nur hineingeflickt, um dieser politischen Tageslösung Rechnung zu tragen.

² Ost-Probleme, Bad Godesberg, 7. Jahrgang Nr. 1 vom 7. Januar 1955, S. 19.

Also, und das ist das erste, das Endziel des Sieges des Kommunismus auf revolutionärem Wege ist unverändert. Nun ist aber zweitens die sowjetische Auffassung von Krieg und Frieden völlig abweichend von der westlichen. Auch die leninistisch-stalinistische Theorie hat den Unterschied zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg entwickelt, mit dem sich seinerzeit die mittelalterliche Scholastik eingehend beschäftigte. In Übereinstimmung mit dieser Lehre der christlichen Wissenschaft des Mittelalters hat das moderne Völkerrecht, wie es zum Beispiel der Charta der Vereinten Nationen zugrunde liegt, als einzig gerechten Krieg den zur Selbstverteidigung anerkannt und jeden Angriffskrieg verdammt. Hören wir nun, was für eine Theorie die „Große Sowjetische Encyclopädie“ in ihrer zweiten Auflage von 1951 hierüber entwickelt:

„Es gibt zwei Arten von Kriegen:

- a) einen gerechten Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joch der Imperialisten, und
- b) einen ungerechten, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven.“³

Wenn also eine sowjetische Ostzone oder ein Sowjetpolen oder die Sowjetunion selbst ein wehrloses Deutschland überfiele, so würde das ein gerechter Krieg „zur Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus“ sein. Und — so heißt es an der gleichen Stelle — „ein sozialistischer (das heißt, kommunistischer) Staat kann seinem Wesen nach nur gerechte Kriege führen“.

Man ist sich aber drittens in den maßgebenden sowjetischen Kreisen der Fragwürdigkeit und Hinterhältigkeit der kommunistischen Friedenspropaganda durchaus bewußt. Wie schon erwähnt, hat der alte Stalin auf dem 19. Parteitag der KP der Sowjetunion im Herbst 1952 die Bedeutung der Weltfriedensbewegung besonders hervorgehoben. Boris Meißner berichtet über den Inhalt dieser Rede nach deren Wortlaut folgendes:⁴

„Die Bedeutung der Friedensbewegung im Rahmen der Friedensfront wurde auch von Stalin besonders hervorgehoben. Er betonte dabei, daß die Aufgabe der Friedensbewegung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die Erhaltung des ‚gegebenen‘ Friedens sei. Bei der Unzulänglichkeit des kapitalistischen Systems würde es sich immer nur um eine zeitweilige Verhütung von Kriegen handeln. Nach Stalin könnten Kriege nur durch einen revolutionären Übergang zum kommunistischen System ausgeschaltet werden. Aus diesem Grunde hält er es für durchaus möglich, daß sich zu gegebener Zeit aus der gegenwärtigen Friedensbewegung eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus entwickeln wird.“

Danach ist also die Weltfriedensbewegung die Vorstufe und einstweilige Tarnung der Weltrevolution.

³ Ost-Probleme, 7. Jahrgang, Nr. 3 vom 21. Januar 1955, S. 93.

⁴ a.a.O. S. 337.

Fassen wir zusammen: Die Weltfriedensbewegung ist ein Werkzeug der sowjetischen Politik. Da diese zur Zeit mit Gewaltmethoden gegenüber der freien Welt nicht weiterkommt und da die Sowjetstaaten gegenwärtig Sorgen mit ihrem inneren Aufbau haben, liegt ihnen daran, eine Koexistenz — Lenin nannte das seinerzeit eine Atempause — herzustellen, und zwar mit Propagandamethoden, die auf die Spaltung der freien Welt abzielen. Dazu soll die Weltfriedensbewegung helfen. Daß diese bis ins einzelne von Moskau geleitet wird, zeigt sich darin, daß ihre jeweiligen Forderungen sich genau mit den Zielen der Moskauer Politik decken und daß ihr dauernd in Moskau wärmste uneingeschränkte Anerkennung zuteil wird. Daß diese ganze Bewegung von kommunistischer Seite ins Leben gerufen wurde, kann als sicher gelten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie auch von dort aus finanziert.

Es wurde bereits dargelegt, daß die von Moskau angestrebte Koexistenz kein wahrer Friede ist. Und für das kommunistische Seite selbst ist sie nur ein Übergangszustand. Frieden im kommunistischen Sinn kann es auf der Welt nur geben, wenn der Weltkommunismus sie beherrscht. Dann gibt es in der Tat keine Kriege mehr. Es wäre auch nicht richtig, einen solchen Frieden als einen Kirchhofsfrieden zu bezeichnen; denn es wird in dieser kommunistischen Welt sehr aktiv zugehen, Technik, Wirtschaft, Drill, Schulung und Massenveranstaltungen werden das Leben der Menschen füllen. Aber die Seelen der Menschen werden tot sein. Es wird der Friede eines großen Zuchthauses sein. Kein Friede Gottes, sondern ein Friede im Zeichen des Satans.

Jeder, der der kommunistischen Weltfriedensbewegung zustimmt, sie fördert oder unterstützt, wirkt, ob er es will oder nicht, an einem Werk des Satans mit.

Aldous Huxley

Zeitgebundenheit und Zeitlosigkeit seines Werkes

Von ERWIN STÜRZL

Die unauslöschlichen Eindrücke des zweiten Weltkrieges ließen Aldous Huxley jenem seiner Romane, den er am Ende dieser Schreckenszeit geschrieben hat, den Titel „Time Must Have a Stop“ geben. Huxley wollte der Zeit Grenzen gesetzt wissen, weil ihm die Zeit als jene Schöpfung des menschlichen Bewußtseins erschien, in der das Böse zum Leben kommt und wieder Böses gebiert. „Nichts, was in der Zeit ist“, meint Huxley, „kann wirklich gut sein. Die Zeit ist potentielles Übel.“¹ Wer aber so die Zeit als Trägerin zerstörender Elemente ansieht, der ist nur allzu geneigt, der Zeit den Rücken zu kehren, um gleich den Mystikern in der Zeitlosigkeit Frieden zu suchen.

¹ After Many a Summer (The Vanguard Library), p. 89.